

Riester-Rente: Große Datenlücken

Riester-Sparen soll künftigen Ruheständlern dabei helfen, das reduzierte Niveau der gesetzlichen Rente auszugleichen. Ob das funktioniert, ist auch nach zehn Jahren nicht klar.

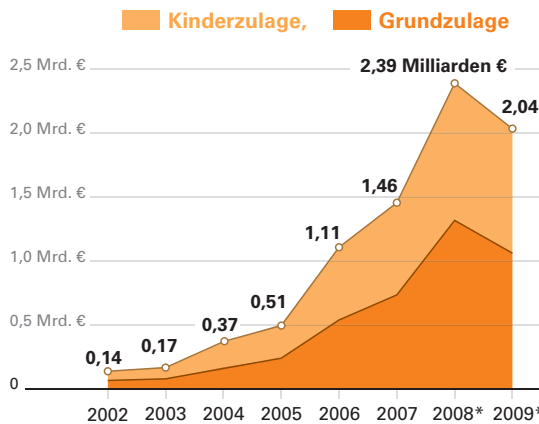
Die Riester-Rente feiert Geburtstag. Vor gut zehn Jahren, im Juni 2001, beschloss der Bundestag das Altersvermögensgesetz, Anfang 2002 trat es in Kraft. Seitdem fördert der Staat bestimmte Anlagen zur privaten Altersvorsorge am Kapitalmarkt mit Zulagen und steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten. Das staatlich unterstützte Vorsorgesparen soll dazu beitragen, dass die Rentner der Zukunft ihren Lebensstandard halten können, wenn die gesetzliche Rente durch verschiedene Reformgesetze über die kommenden Jahrzehnte deutlich gesenkt wird.

Wird dieses Ziel erreicht? Das haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Studien untersucht. Trotzdem lässt sich die Frage nach wie vor nicht sicher beantworten, macht eine Analyse von Florian Blank deutlich. Der WSI-Experte für soziale Sicherung hat die wissenschaftliche Literatur zur Riester-Rente aufgearbeitet.* Sein Fazit: „Es zeigt sich, dass

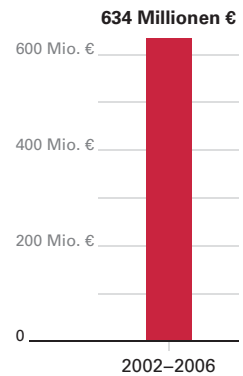
aufgrund der Forschungslage eine abschließende Bewertung nur für einzelne Aspekte möglich ist, da zu einigen ▶

Milliarden für Riester-Rente

Die staatlichen Aufwendungen für die Förderung der Riester-Rente setzen sich zusammen aus der...



sowie Steuernachlässe für Riester-Spareinlagen



*vorläufige Zahlen Quelle: Deutscher Bundestag 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Gesamtwirtschaftlich lohnt sich riestern nicht

Das IMK hat in Modellrechnungen die makroökonomischen Wirkungen der Riester-Rente untersucht.

Fazit der nach wie vor aktuellen Studie aus dem Jahr 2009*: Die kapitalgedeckte Zusatzvorsorge rentiert sich weder für die Beitragszahler noch für die Gesamtwirtschaft.

Für die Versicherten machen die Ökonomen folgende Rechnung auf: Zwar überschreitet der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Jahr 2030 nicht die 22-Prozent-Marke. Doch weil die Arbeitgeber sich an den darüber hinaus anfallenden Kosten nicht beteiligen, müssen die Beschäftigten das fehlende Geld über eigene Ersparnisse ausgleichen. Einschließlich der Beiträge zur Riester-Rente sollen Arbeitnehmer bis zu 15 Prozent ihres Bruttoeinkommens für ihre Altersvorsorge aufwenden – 11 Prozent als hälftiger Beitrag zur gesetzlichen Rente sowie 4 Prozent für die private Vorsorge.

Ohne die Rentenreformen wäre die Belastung für die Beschäftigten geringer. Der Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht davon aus, dass der Beitragssatz ohne Reformen bis zum Jahr 2030 auf knapp 25 Prozent steigen müsste. Der Anteil der Arbeitnehmer wäre dann also mit 12,5 Prozent deutlich geringer.

Auch die Annahme, die private Altersvorsorge erziele höhere Renditen, ist aus Sicht der IMK-Forscher problematisch. Denn die angenommene durchschnittliche Verzinsung von vier Prozent würde bedeuten, dass Kapitaleinkommen

dauerhaft stärker wachsen als Löhne und Gehälter. Von einer solchen Umverteilung sei aber langfristig nicht auszugehen. Gerade die ungleiche Verteilung sei eine der Wurzeln der Finanz- und Weltwirtschaftskrise ab 2008 gewesen.

Zudem hemmt das Umschwenken von Umlagefinanzierung auf Kapitaldeckung das gesamtwirtschaftliche Wachstum, so das IMK. Die Forscher spielten die Entwicklung wirtschaftlicher Eckdaten mit und ohne Einführung der Riester-Rente anhand von Modellrechnungen durch. Die Ergebnisse: Im Zuge der Rentenreformen zwischen 2002 und 2007 stieg die Sparquote der privaten Haushalte um knapp einen Prozentpunkt, ihr Konsum schwächte sich um anderthalb Prozent ab. Das dämpfte die Wirtschaftsleistung innerhalb von sechs Jahren real um fast ein Prozent, das Beschäftigungsniveau um gut ein halbes Prozent.

Damit machte die vergleichsweise schlechte wirtschaftliche Entwicklung die „Einsparerfolge“ des Staates bei den Ausgaben der Rentenversicherung wieder zunichte, so die Ökonomen. Zudem sei das Kapitaldeckungsverfahren weit aus weniger krisenfest als umlagefinanzierte Systeme, wie die aktuelle Situation an den Finanzmärkten zeigt. Von einer Ausweitung der Kapitaldeckung, etwa auf die Pflegeversicherung, raten die Wissenschaftler deshalb dringend ab. ◀

* Quelle: Camille Logeay, Volker Meinhardt, Katja Rietzler, Rudolf Zwiener: Gesamtwirtschaftliche Folgen des kapitalgedeckten Rentensystems. IMK Report Nr. 43, November 2009
Download unter www.boecklerimpuls.de